

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Muster und Übersichten	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLI
1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts	1
1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben	1
2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens	37
2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens	181
3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	181
4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren	251
3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht	297
5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	297
6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung	335
7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse	349
8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung	363
9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung	409
10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse	427
11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung	509
4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten	591
12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren	591
13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung	643
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren	663
15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren	707
Stichwortverzeichnis	737

VII

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Muster und Übersichten	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLI
1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts	1
1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben	1
I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts	1
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben	1
a) Das Insolvenzrecht als Folge wirtschaftlichen Handelns	1
b) Der Zweck und die Funktionen des Insolvenzverfahrens	3
c) Der Verfahrensablauf im Regelinsolvenzverfahren	5
aa) Das Insolvenzeröffnungsverfahren	5
bb) Die Aufgaben des Insolvenzverwalters	6
cc) Die Feststellung der Forderungen und die Erlösverteilung ..	6
dd) Das Insolvenzplanverfahren	7
ee) Das Verfahren der Eigenverwaltung	7
2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken	8
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts	9
1. Die Bedeutung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung	9
2. Das Altertum und das römische Recht	10
a) Die Ansätze einer insolvenzrechtlichen Rechtspraxis im Orient	10
b) Das römische Privatrecht	11
aa) Die Personalexekution des Legisaktionenverfahrens	11
bb) Die Vermögenssexeckution im Formularprozess	11
3. Die europäischen Entwicklungen und die Neuzeit	12
a) Das italienische Statutarrecht der frühen Neuzeit	12
b) Der Konkursprozess nach <i>Salgado de Samoza</i>	13
4. Die Entwicklung des gemeinrechtlichen deutschen Konkurses	13
a) Der Einfluss des italienischen Statutarrechts auf deutsche Handelsstädte	13
b) Die landesrechtlichen Regelungen in der Neuzeit	14
c) Das so genannte gemeinrechtliche Konkursverfahren	14
5. Von der Reichskonkursordnung zur Insolvenzrechtsreform	16
a) Die Entstehung der Konkursordnung für das Deutsche Reich ..	16
b) Die Vergleichsordnung und die Gesamtvollstreckungsordnung ..	18
6. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung	19
a) Die Insolvenzrechtsreform bis 1999	19
b) Die weiteren Änderungen der Insolvenzordnung	21
III. Sanierung oder Liquidation im Insolvenzrecht	25
1. Die Sanierung als Ziel des Insolvenzverfahrens	25
2. Krisenerkennung und Sanierungsfähigkeit	25
3. Sanierungsmaßnahmen	27
a) Leistungs- und finanzwirtschaftliche Sanierung	27
c) Der so genannte Share Deal	28
d) Der Debt-to-equity swap	29
e) Kapitalmaßnahmen	29

Inhaltsverzeichnis

f) Die Gründung einer Auffanggesellschaft	30
g) Der so genannte M&A-Prozess	30
4. Sanierung im Insolvenzverfahren	31
5. Sanierung und Restrukturierung außerhalb der Insolvenz	31
a) Das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG)	31
b) Aufbau und Inhalt eines Restrukturierungsplans	32
c) Die Annahme eines Restrukturierungsplans	33
d) Die Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	34
aa) Die gerichtliche Planabstimmung	34
bb) Die gerichtliche Vorprüfung eines Restrukturierungsplans ..	34
cc) Die gerichtliche Planbestätigung	34
dd) Die Anordnung von Stabilisierungsmaßnahmen	34
ee) Die Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten	35
ff) Das Verfahren der Sanierungsmoderation	35
2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens	37
I. Das Insolvenzgericht	37
1. Allgemeine Vorüberlegungen	37
a) Das Insolvenzverfahren als gerichtliches Verfahren	37
b) Die Gewährung des rechtlichen Rahmens durch das Insolvenzgericht	38
2. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	38
a) Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts	38
b) Die örtliche Zuständigkeit	40
aa) Die Zuständigkeit nach dem allgemeinen Gerichtsstand des Schuldners	40
bb) Die Zuständigkeit nach dem Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit	41
cc) Der Kompetenzkonflikt bei mehrfacher Zuständigkeit	42
dd) Die Ausschließlichkeit der örtlichen Zuständigkeit	43
ee) Die besondere örtliche Zuständigkeit im Nachlassinsolvenzverfahren	43
c) Die funktionelle Zuständigkeitsverteilung am Insolvenzgericht ..	44
aa) Die Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle ..	44
bb) Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Richter und Rechtsanwälten	44
3. Die Aufgaben des Insolvenzgerichts	46
a) Die allgemeine Leitung des Insolvenzverfahrens	46
b) Die Stellung des Gerichts gegenüber dem Insolvenzverwalter ..	47
aa) Das allgemeine Aufsichtsrecht des Insolvenzgerichts	47
bb) Die Entlassung aus dem Amt	49
c) Die Stellung des Gerichts gegenüber den Gläubigern	50
4. Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts	55
a) Die subsidiäre Geltung der Zivilprozessordnung	55
b) Der Grundsatz der Amtsermittlung	55
c) Die Vornahme von Zustellungen im Insolvenzverfahren	56
d) Die öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren	57
aa) Die Bewirkung der öffentlichen Bekanntmachung	57
bb) Die Wirkungen der öffentlichen Bekanntmachung	58
e) Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde	59
aa) Die Beschwerde als allgemeines Rechtsmittel	59
bb) Die besondere Anfechtbarkeit von Rechtsanwältenentscheidungen	59

f) Die Gewährung rechtlichen Gehörs	60
aa) Rechtliches Gehör und Anhörung	60
bb) Die Gewährung rechtlichen Gehörs in Einzelfällen	61
g) Die Anwendung kostenrechtlicher Vorschriften	61
aa) Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens	61
bb) Die Kostentragungspflicht im Insolvenzverfahren	62
cc) Die Gewährung der Kostenstundung	62
II. Der Schuldner im Insolvenzverfahren	63
1. Die Insolvenzverfahrensfähigkeit	63
a) Der Begriff der Insolvenzverfahrensfähigkeit	63
b) Die natürliche Person als Schuldner	64
aa) Der Grundsatz der Insolvenzverfahrensfähigkeit	64
bb) Die Unterscheidung zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenz	65
c) Die juristische Person als Schuldner	66
d) Die rechtsfähige Personengesellschaft als Schuldner	68
e) Die insolvenzverfahrensfähigen Sondervermögen	69
aa) Das Nachlassinsolvenzverfahren	69
bb) Das internationale Insolvenzrecht	70
f) Die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts	71
2. Die allgemeinen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	72
a) Die vermögens-, familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	72
aa) Die vermögensrechtlichen Wirkungen im Überblick	72
bb) Die familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	72
b) Die handels- und gesellschaftsrechtlichen Wirkungen	75
aa) Die handelsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	75
bb) Die gesellschaftsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	75
cc) Die Vollbeendigung der Gesellschaft im Insolvenzverfahren	76
dd) Die Geltendmachung der persönlichen Haftung bei Personengesellschaften	78
ee) Die Auflösung der Gesellschaft in der Gesellschafterinsolvenz	79
ff) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	80
c) Die staatsbürgerlichen und standesrechtlichen Folgen der Insolvenz	84
3. Die Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren	85
a) Die allgemeine Auskunftspflicht des Schuldners	85
b) Die Mitwirkungspflicht gegenüber dem Insolvenzverwalter	86
c) Die Präsenzpflicht des Schuldners	86
d) Die Durchsetzung der Schuldnerpflichten durch das Insolvenzgericht	86
4. Die Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren	88
a) Die allgemeinen Verfahrensrechte	88
b) Das Recht auf Unterhaltsgewährung	88
5. Die Bildung der Insolvenzmasse	89
a) Der Schuldner als Rechtsträger der Insolvenzmasse	89
b) Die Insolvenzmasse als Haftungsobjekt der Insolvenzgläubiger	90
c) Die Bildung der Insolvenzmasse nach § 35 und § 36 InsO	90
aa) Das Vermögen des Schuldners im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung	90
bb) Das der Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen	93
cc) Der so genannte Neuerwerb	95
dd) Die Besonderheiten bei laufenden Bezügen des Schuldners	95

ee) Bedingt pfändbare Bezüge nach § 850b ZPO	97
ff) Das Pfändungsschutzkonto nach § 850k ZPO	98
gg) Das Handelsgeschäft oder die freiberufliche Praxis des Schuldners	98
hh) Die so genannte Freigabe der selbstständigen Tätigkeit nach § 35 Abs. 2 InsO	100
d) Die Insolvenzmasse in den Sonderinsolvenzen	104
aa) Die Insolvenzmasse bei der Gütergemeinschaft nach § 37 InsO	104
bb) Die Insolvenzmasse im Nachlassinsolvenzverfahren	104
e) Der Streit um die Massezugehörigkeit	104
f) Die Freigabe einzelner Massegegenstände durch den Insolvenzverwalter	105
III. Der Insolvenzverwalter	107
1. Die Bedeutung des Insolvenzverwalters	107
a) Der Insolvenzverwalter als zentrale Person des Verfahrens	107
b) Die Rechtsstellung gegenüber anderen Verfahrensbeteiligten	107
2. Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht	108
a) Die sachlichen und persönlichen Anforderungen an den Insolvenzverwalter	108
b) Vorauswahllisten und konkrete Bestellung	110
c) Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	111
d) Die Bestellung des Insolvenzverwalters mit Insolvenzeröffnung	111
e) Die Auswahl des Sachwalters im Eigenverwaltungsverfahren	112
3. Die Wahl des Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung	113
a) Die Wahl des Insolvenzverwalters als Ausfluss der Gläubigerautonomie	113
b) Die Voraussetzungen der Verwalterwahl	113
c) Die Bestätigung des Insolvenzverwalters durch das Gericht	114
4. Der Beginn und das Ende des Verwalteramtes	115
a) Die Annahme des Verwalteramtes	115
b) Die Beendigung des Amtes	116
5. Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters	116
a) Der Theorienstreit um das Verwalteramt	116
b) Der Insolvenzverwalter als Partei kraft Amtes	117
c) Der Insolvenzverwalter als spezifisches Vertretungsorgan des Schuldners	118
6. Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick	119
a) Die Inbesitznahme der Insolvenzmasse	119
b) Die Pflicht zur Inventarisierung und Bilanzierung der Insolvenzmasse	120
c) Die handels- und steuerrechtlichen Buchführungspflichten	121
d) Die Verwertung der Insolvenzmasse	121
e) Der Insolvenzverwalter als Unternehmer	122
f) Die Pflicht zur Forderungserfassung und Forderungsprüfung	123
g) Die Verteilung der Insolvenzmasse	123
7. Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern	123
8. Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters	124
a) Die Haftung im Rahmen der Erfüllung insolvenzrechtlicher Pflichten	124
b) Die besondere Haftung gegenüber Massegläubigern	126
9. Die Vergütung des Insolvenzverwalters	127
a) Der Anspruch des Insolvenzverwalters auf angemessene Vergütung	127

b) Das Grundsysteem der Vergütungsgewährung	128
aa) Die Bestimmung der Insolvenzmasse als Berechnungsgrundlage	128
bb) Die Bestimmung der so genannten Regelvergütung	128
cc) Die Erhöhung oder Kürzung der Vergütung	129
dd) Der Ersatz von Auslagen und Umsatzsteuer	130
c) Das Verfahren der Vergütungsgewährung	130
d) Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	130
e) Die Vergütung des Sachwalters und des vorläufigen Sachwalters	131
f) Die Vergütung sonstiger Organe des Insolvenzverfahrens	131
IV. Die Gläubiger im Insolvenzverfahren	131
1. Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick	131
2. Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens	133
a) Der Grundsatz des § 53 InsO	133
b) Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO	134
c) Die sonstigen Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 1 InsO	134
aa) Die Verbindlichkeiten aus Handlungen des Insolvenzverwalters	135
bb) Die Verbindlichkeiten aus der Erfüllung gegenseitiger Verträge	136
cc) Die Verbindlichkeiten aus ungerechtfertigter Bereicherung ..	137
d) Die weiteren Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens ..	137
aa) Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzeröffnungsverfahrens	137
bb) Die übrigen Masseverbindlichkeiten	139
e) Die Beteiligung der Massegläubiger am Insolvenzverfahren ..	140
3. Die Insolvenzgläubiger	141
a) Die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO	141
aa) Die Definition des Insolvenzgläubigers	141
bb) Besondere Arten von Insolvenzforderungen	143
cc) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners	145
b) Die nachrangigen Insolvenzforderungen nach § 39 InsO	146
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO	148
a) Die systematische Einordnung von Aussonderung und Absonderung	148
b) Das Aussonderungsrecht nach § 47 InsO	149
c) Die Ersatzaussonderung nach § 48 InsO	151
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49 ff. InsO	153
a) Grundsätze zum Absonderungsrecht	153
b) Die Absonderungsrechte an Grundstücken nach § 49 InsO	153
c) Die Absonderungsrechte an beweglichen Gegenständen nach § 50 InsO	155
d) Die sonstigen Absonderungsrechte nach § 51 InsO	156
e) Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt	157
aa) Die Verwaltungstreuhand	157
bb) Die Sicherungsübereignung	158
cc) Der Eigentumsvorbehalt	159
f) Die Ersatzabsonderung analog § 48 InsO	159
g) Die Verwertung durch den Insolvenzverwalter	159
aa) Die Verwertung unbeweglichen Vermögens	159
bb) Die Verwertung beweglicher Gegenstände, § 166 InsO	160
cc) Die Erlösverteilung nach §§ 170 ff. InsO	162
dd) Die Verwertung durch den Gläubiger	163
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren	164

Inhaltsverzeichnis

a) Individual- und Kollektivbefugnisse	164
b) Antrags- und Initiativrechte	164
c) Beteiligungsrechte und Einspruchsrechte	165
d) Anhörungsrechte und Beschwerdebefugnis	166
7. Die Gläubigerversammlung als Organ der Gläubigergemeinschaft	166
a) Die Gläubigerversammlung im Regelinsolvenzverfahren	166
b) Die Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung	167
c) Die Einberufung und Leitung der Gläubigerversammlung	169
d) Die Beschlussfassung der Gläubiger	170
8. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan	176
a) Die Rechtsstellung des Gläubigerausschusses	176
b) Die Einsetzung des Gläubigerausschusses	176
aa) Die Einsetzung durch die Gläubigerversammlung	176
bb) Die Zulässigkeit eines Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren	177
cc) Die Zusammensetzung des Gläubigerausschusses	177
c) Die Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	178
aa) Die allgemeine Aufgabenstellung des § 69 InsO	178
bb) Die Zustimmungspflichten nach §§ 160 ff. InsO	179
cc) Antrags- und Initiativrechte	179
dd) Zusammenkunft und Beschlussfassung	180
2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens	181
3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	181
I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	181
1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens	181
2. Das Antragserfordernis des § 13 InsO	182
a) Der Antragsgrundsatz des § 13 InsO	182
b) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Insolvenzantrag	183
3. Die Stellung des Insolvenzantrags durch den Schuldner und durch einen Gläubiger	184
a) Der Insolvenzantrag des Schuldners	184
aa) Das Recht zur Antragstellung	184
bb) Die inhaltlichen Anforderungen an den Insolvenzantrag	185
cc) Der Insolvenzantrag bei juristischen Personen und Personengesellschaften	185
dd) Die Insolvenzantragspflicht bei beschränkter Haftung der Insolvenzmasse	186
b) Der Insolvenzantrag eines Gläubigers	191
aa) Das Recht zur Antragstellung	191
bb) Die Anforderungen an einen Insolvenzantrag des Gläubigers nach § 14 InsO	193
cc) Die Schadensersatzpflicht des Gläubigers bei mutwilliger Antragstellung	195
dd) Die Stellung mehrerer Insolvenzanträge gegen den Schuldner	195
c) Die Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	196
d) Die Rücknahme des Insolvenzantrags	196
aa) Die Antragsrücknahme bis zur Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	196
bb) Die Erledigung des Insolvenzantrags in der Hauptsache	197
4. Die Prüfung der Zulässigkeit des Insolvenzantrags durch das Gericht	198
a) Die Prüfung der Zulässigkeit durch das Insolvenzgericht	198

b) Die Maßnahmen nach Zulassung des Insolvenzantrags	199
aa) Die Anhörung des Schuldners beim Gläubigerantrag nach § 14 Abs. 2 InsO	199
bb) Die Mitwirkungspflicht des Schuldners nach § 20 Abs. 1 InsO	199
II. Die Prüfung des Insolvenzgrundes nach § 16 InsO	200
1. Der Amtsermittlungsgrundsatz im Insolvenzeröffnungsverfahren	200
a) Die Prüfung der Begründetheit des Insolvenzantrags	200
b) Die Beauftragung eines Sachverständigen im Insolvenzeröffnungsverfahren	200
2. Die Insolvenzgründe der §§ 17 ff. InsO	204
a) Der allgemeine Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO	204
aa) Die Tatbestandsmerkmale der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 Abs. 2 S. 1 InsO	204
bb) Die Zahlungseinstellung als gesetzliche Vermutung des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit	208
b) Die drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO	209
c) Die Überschuldung als weiterer Insolvenzgrund nach § 19 InsO	210
aa) Der Anwendungsbereich des § 19 InsO	210
bb) Die Definition der Überschuldung nach § 19 Abs. 2 InsO	210
III. Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO	212
1. Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO	212
2. Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick	213
3. Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO	217
a) Die Anordnung des allgemeinen Verfügungsverbots	217
b) Die Anordnung eines so genannten Zustimmungsvorbehalts	219
4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO	220
a) Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters je nach Anordnung der Verfügungsbeeinträchtigung gegen den Schuldner	220
aa) Der so genannte starke vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 1 InsO	221
bb) Der so genannte schwache vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 2 InsO	225
b) Einzelne praktische Fragen der vorläufigen Insolvenzverwaltung	226
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO	228
a) Inhalt und Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO	228
aa) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger	229
bb) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Maßnahmen	230
cc) Die Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach §§ 775, 776 ZPO	231
b) Einzelne Fallgruppen der Zwangsvollstreckung bei Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	232
c) Keine Geltung des § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO bei Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	233
aa) Die Einstellung der Zwangsversteigerung nach § 30d Abs. 4 ZVG	233
bb) Die Eintragung einer Sicherungshypothek nach §§ 866, 867 ZPO	234
6. Die Anordnung einer einstweiligen Postsperre nach § 21 Abs. 2 Nr. 4 mit § 99 InsO	236

7. Die Anordnung eines Herausgabe- und Verwertungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO	236
8. Die Anordnung von Maßnahmen gegen die Person des Schuldners nach § 21 Abs. 3 InsO	237
9. Das Verfahren der Anordnung laufender Sicherungsmaßnahmen	237
a) Der Ermessensspielraum des Insolvenzgerichts nach § 21 Abs. 1 S. 1 InsO	237
b) Die Frage der Anhörung des Schuldners	237
c) Die Wirksamkeit der Anordnung entsprechend § 27 Abs. 2 Nr. 3 InsO	237
d) Die öffentliche Bekanntmachung und Eintragung in das Grundbuch nach § 23 InsO	238
e) Die sofortige Beschwerde gegen die einstweiligen Anordnungen nach § 21 Abs. 1 S. 2 InsO	239
10. Die Aufhebung der einstweiligen Sicherungsmaßnahmen	239
IV. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	240
1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens	240
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO	241
a) Die Massekostendeckung nach §§ 26 und 54 InsO	241
b) Der Massekostenvorschuss und die Kostenstundung	242
c) Der Erlass des Abweisungsbeschlusses	243
d) Die Wirkungen der Abweisung mangels Masse gegen den Schuldner	243
aa) Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 26 Abs. 2 InsO	243
bb) Die gesellschaftsrechtlichen Folgen der Abweisung mangels Masse	244
cc) Die Haftung des Schuldners bei Insolvenzantragspflicht nach § 26 Abs. 3 InsO	244
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO	244
a) Der Inhalt des Insolvenzeröffnungsbeschlusses nach § 27 Abs. 2 InsO	244
b) Die Mitteilung und Bekanntmachung der Insolvenzeröffnung an den Rechtsverkehr	247
c) Die sofortige Beschwerde gegen die Insolvenzeröffnung nach § 34 InsO	247
4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren	251
I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung	251
1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter	251
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht	251
a) Die Forderungsanmeldung und Forderungsprüfung	251
b) Die Durchführung der Verteilungen	252
II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen	252
1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren	252
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	253
a) Die Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	253
b) Die Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 174 Abs. 3 InsO	254
c) Keine Anmeldung von Masseverbindlichkeiten	254
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung	254

a) Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO	254
b) Die Form der Anmeldung	254
c) Der Adressat der Anmeldung	255
d) Der Inhalt der Forderungsanmeldung	255
aa) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung	255
bb) Die Angabe des Forderungsgrundes	256
cc) Die Angabe abgesonderter Befriedigung	256
e) Die Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung	256
4. Die Behandlung der Forderungsanmeldung	257
a) Die Vorprüfung der Forderungsanmeldung	257
b) Die Anlegung der Insolvenztabelle und Niederlegung bei Gericht nach § 175 Abs. 1 InsO	258
III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung	258
1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO	258
a) Der allgemeine Prüfungstermin als Gläubigerversammlung	258
b) Die Prüfung der angemeldeten Forderungen nach § 176 S. 2 InsO	259
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen	259
a) Die Alternativen der Feststellung oder des Bestreitens	259
b) Die Feststellung einer Insolvenzforderung	260
c) Das Bestreiten einer Forderung	261
aa) Das Recht, eine Forderung zu bestreiten	261
bb) Der Inhalt des Bestreitens	262
cc) Die Eintragung des Widerspruchs in die Insolvenztabelle	263
d) Die klageweise Feststellung einer Forderung nach Bestreiten	263
aa) Das Ergebnis der Forderungsprüfung nach § 178 InsO	263
bb) Die Feststellung einer bisher nicht durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	264
cc) Die Feststellung einer bereits durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	268
3. Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO	271
a) Die Voraussetzungen des besonderen Prüfungstermins	271
b) Die Bestimmung des besonderen Prüfungstermins durch das Insolvenzgericht	271
c) Die schriftliche Forderungsprüfung	272
4. Die Anmeldung und Prüfung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	272
a) Die Anmeldung nach § 174 Abs. 2 InsO	272
b) Das Bestreiten durch den Schuldner	274
c) Die Feststellung der Forderung im Klagewege	274
d) Die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung nach § 201 Abs. 2 InsO	275
IV. Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung	277
1. Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung	277
a) Die Aufstellung des Verzeichnisses durch den Insolvenzverwalter	277
aa) Die Aufnahme der Insolvenzforderungen in das Verteilungsverzeichnis	277
bb) Die Berücksichtigung streitiger Insolvenzforderungen	277
cc) Die Berücksichtigung absonderungsberechtigter Insolvenzgläubiger	278
dd) Die Berücksichtigung bedingter Forderungen	279
b) Die Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis	279
2. Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO	280
3. Die Schlussverteilung nach § 196 InsO	281
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung	281
aa) Die vollständige Verwertung der Insolvenzmasse	281

bb) Die Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts	282
b) Die Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis	282
aa) Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters	282
bb) Die Anforderungen an die Schlussrechnung und den Schlussbericht	282
cc) Die Vorlage des Schlussverzeichnisses	283
c) Das Prüfungsrecht und die Prüfungspflicht des Insolvenzgerichts	283
aa) Der Umfang der gerichtlichen Prüfung	283
bb) Die Genehmigung der Schlussverteilung und die Anberaumung des Schlusstermins	284
d) Der Schlusstermin nach § 197 InsO	284
aa) Die Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters nach § 197 Abs. 1 Nr. 1 InsO	285
bb) Die Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis nach § 197 Abs. 1 Nr. 2 InsO	285
cc) Die Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände nach § 197 Abs. 1 Nr. 3 InsO	285
dd) Die Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte	286
e) Die Vornahme der Schlussverteilung durch den Insolvenzverwalter	286
f) Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 200 InsO	286
4. Die Nachtragsverteilung nach § 203 InsO	287
a) Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO	287
b) Die Anordnung der Nachtragsverteilung durch das Insolvenzgericht	289
c) Der Vollzug der Nachtragsverteilung durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO	290
5. Die Einstellung des Insolvenzverfahrens aus sonstigen Gründen	290
a) Die Arten der Verfahrenseinstellung im Überblick	290
b) Die Einstellung wegen Masselosigkeit nach § 207 InsO	290
aa) Die Einstellung wegen Masselosigkeit als Gegenstück zur Abweisung mangels Masse	290
bb) Die Durchführung der Einstellung des Verfahrens	291
c) Die Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit nach §§ 208 ff. InsO	292
aa) Der Begriff der Masseunzulänglichkeit	292
bb) Die Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter	292
cc) Die Wirkung der Masseunzulänglichkeit gegenüber den Massegläubigern	293
dd) Die Rangfolge der Masseverbindlichkeiten nach § 209 InsO	294
ee) Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 211 ff. InsO	295
d) Die Einstellung bei Wegfall des Eröffnungsgrundes nach § 212 InsO	295
e) Die Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger nach § 213 InsO	296
3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht	297
5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	297
I. Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO	297
1. Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung	297
2. Der Begriff der Verfügungsbefugnis	297
a) Die Systematik der Verfügungsbeträchtigungen	297

b) Der Eintritt der Verfügungsentziehung mit Insolvenzeröffnung	299
3. Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter	300
4. Die Unwirksamkeit anderer Verfügungsverbote nach § 80 Abs. 2 InsO	300
a) Die Arten von Veräußerungsverboten	300
b) Die Wirksamkeit der Zwangsvollstreckung	301
II. Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	301
1. Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung	301
2. Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	302
a) Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit nach § 81 Abs. 1 S.1 InsO	302
b) Die Verfügungen über insolvenzfreies Vermögen	304
c) Die Verfügungen eines Vertreters	304
3. Die Verfügung über künftige Dienstbezüge nach § 81 Abs. 2 InsO ..	305
4. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter	305
a) Die Geltendmachung des dinglichen Anspruchs	305
b) Die Abwicklung der unwirksamen Verfügung im Ganzen	306
5. Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO	307
a) Der sonstige Tatbestand zum Rechtserwerb im Sinne des § 91 Abs. 1 InsO	307
b) Der sonstige Tatbestand im Bereich des Fahrniserwerbs	307
aa) Die Übereignung, Verpfändung und Abtretung von Gegenständen und Rechten der Insolvenzmasse	307
bb) Der aufschiebend bedingte Rechtserwerb	309
cc) Der Eigentumserwerb kraft gesetzlichen Tatbestandes	310
c) Die Unwirksamkeit von Verfügungen über Immobilienvermögen	310
aa) Die Übertragung des Eigentums am Grundstück	310
bb) Die Bestellung eines beschränkten dinglichen Rechts	311
cc) Die Bestellung einer Vormerkung	311
dd) Die Bestellung und Übertragung von Grundpfandrechten ..	314
III. Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners	316
1. Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners	316
2. Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB	317
3. Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO	318
a) Die allgemeinen Voraussetzungen des § 878 BGB	318
b) Der wirksame Erwerb des Eigentums am Grundstück	320
c) Der wirksame Erwerb der Vormerkung	321
d) Der wirksame Erwerb von Grundpfandrechten	322
4. Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb	322
a) Der gutgläubige Erwerb nach § 892 Abs. 1 S. 2 BGB	322
aa) Der gutgläubige Erwerb des Eigentums am Grundstück	325
bb) Der gutgläubige Erwerb der Vormerkung	328
cc) Der gutgläubige Erwerb von Grundstücksrechten	329
b) Kein gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen	330
5. Die Anfechtbarkeit des Rechtserwerbs durch den Insolvenzverwalter	331
6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung	335
I. Die Leistungserfüllung an den Schuldner	335
1. Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO	335
2. Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO	336
a) Die Leistung zur Insolvenzmasse	336

b) Die Leistung an den Schuldner selbst	336
aa) Die Leistung ohne Kenntnis der Insolvenzeröffnung	336
bb) Die Beweislastregel des § 82 S. 2 InsO	337
cc) Die Kenntnis des Drittenschuldners bei Vornahme der Leistungshandlung	338
c) Die Geltung des § 82 InsO im bargeldlosen Zahlungsverkehr	339
aa) Die Insolvenz des Leistungsempfängers	339
bb) Die Insolvenz des Leistenden	341
3. Die Folgen unwirksamer Leistung	343
II. Die Leistung auf ein im Grundbuch eingetragenes Recht	345
1. Die Unterscheidung der Leistungsarten	345
a) Die Leistung auf ein Grundpfandrecht	345
b) Die Leistung auf eine Reallast	346
2. Die Anwendung der Gutglaubensvorschrift des § 892 BGB	346
7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse	349
I. Die Prozessunterbrechung nach § 240 ZPO	349
1. Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85 ff. InsO	349
2. Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten	350
a) Zivilprozessuale Verfahren	350
b) Verwaltungsverfahren und Steuerfestsetzungsverfahren	351
3. Der Eintritt der Unterbrechungswirkung	351
a) Die Unterbrechung mit Verfahrenseröffnung	351
b) Die Rechtshängigkeit des Verfahrens	352
c) Die Unterbrechung bei Streitgenossenschaft	352
aa) Die Unterbrechung bei notwendiger und einfacher Streitgenossenschaft	352
bb) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	352
4. Die Wirkung der Unterbrechung	353
a) Die Fristunterbrechung nach § 249 ZPO	353
b) Die Unwirksamkeit von Prozesshandlungen	353
c) Die Verkündung gerichtlicher Entscheidungen	353
II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO	354
1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	354
a) Der Begriff des Aktivprozesses	354
b) Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	354
c) Die Form der Aufnahme	355
d) Die Kosten des Rechtsstreits	355
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO	356
a) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	356
b) Freigabe der streitbefangenen Sache	356
III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO	357
1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche	357
a) Der Begriff des Passivprozesses	357
b) Aussonderung, Absonderung, Masseansprüche	357
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil	357
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis	357
IV. Der Prozess wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO	358
1. Keine Prozessaufnahme	358
2. Anmeldung der Forderung zur Tabelle	358
V. Exkurs: Die Prozessführung durch den Insolvenzverwalter	359
1. Praktische Fragen der Prozessführung	359
2. Die Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	360
a) Die Anwendung des § 116 S. 1 Nr. 1 ZPO	360
b) Die sachlichen Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskostenhilfe	360

aa) Die Haftung der Insolvenzmasse	360
bb) Die Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte	360
8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung	363
I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen	363
1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen	363
2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung	363
II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen . . .	364
1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen	364
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungsverfahren	365
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung	365
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenzverfahren	365
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung	365
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren	366
III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung	368
1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO	368
a) Die von der Rückschlagsperre betroffenen Gläubiger	368
aa) Die Insolvenzgläubiger und absonderungsberechtigten Gläubiger	368
bb) Die Massegläubiger nach § 55 InsO	369
b) Der zeitliche Umfang der Rückschlagsperre	370
aa) Die Monatsfrist im Regelinsolvenzverfahren	370
bb) Die Dreimonatsfrist im Verbraucherinsolvenzverfahren . . .	370
c) Die Sicherung des Gläubigers durch Zwangsvollstreckung	371
aa) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	371
bb) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	373
2. Die Wirkungen der Rückschlagsperre	374
a) Der Wegfall des Pfändungspfandrechts	374
b) Die Unzulässigkeit von Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung	375
c) Die Unwirksamkeit der Sicherungshypothek	375
d) Die Unwirksamkeit bei Arrestvollziehung und einstweiliger Fügung	378
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter	379
4. Die Befriedigung des Gläubigers während des maßgeblichen Zeitraums	381
5. Das Wiederaufleben der Zwangsvollstreckung nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	382
IV. Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren	385
1. Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenzeröffnung	385
2. Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger	385
a) Die Insolvenzgläubiger	385
b) Die absonderungsberechtigten Gläubiger	385
c) Die Aussonderungsberechtigten	386
d) Die Massegläubiger	386
e) Die Neugläubiger des Schuldners	387
3. Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen	387

a) Die Insolvenzmasse und das insolvenzfreie Vermögen	387
b) Das ausländische Vermögen des Schuldners	388
4. Die vom Vollstreckungsverbot erfassten Vollstreckungsmaßnahmen	389
a) Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	389
aa) Die einzelnen Vollstreckungsmaßnahmen	389
bb) Die Heilung fehlerhafter Vollstreckungsakte	390
cc) Die Zulässigkeit vorbereitender Handlungen der Zwangsvollstreckung	390
b) Die Eintragung einer Sicherungshypothek in das Grundbuch ..	391
c) Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	392
d) Die Zwangsvollstreckung wegen besonderer Ansprüche	393
5. Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen	393
a) Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO	393
b) Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	393
V. Das Arbeitseinkommen des Schuldners	394
1. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenzmasse	394
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenzgläubiger	395
a) Die Zulässigkeit der Pfändung vor Insolvenzeröffnung	395
b) Die Unwirksamkeit der Pfändung nach § 91 Abs. 1 InsO	396
c) Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Unterhaltsgläubiger	396
3. Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens	398
a) Das Verbot der Zwangsvollstreckung nach § 89 Abs. 2 InsO	398
b) Die Pfändung durch einen Unterhaltsgläubiger	398
VI. Die Besonderheiten der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung	402
1. Die Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers	402
2. Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens	403
a) Die Voraussetzungen der Einstellung nach § 30d ZVG	403
b) Das Verfahren der Einstellung auf Antrag des Insolvenzverwalters	403
c) Die Zinszahlungspflicht des Insolvenzverwalters nach § 30e ZVG	404
d) Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens im Restrukturierungsverfahren	405
3. Die Zwangsversteigerung auf Antrag des Insolvenzverwalters	406
a) Die Besonderheiten der Insolvenzversteigerung nach § 172 ZVG	406
b) Der Antrag des dinglich Berechtigten nach § 174 ZVG	406
c) Der Antrag des Insolvenzverwalters nach § 174a ZVG	407
4. Die Zwangsverwaltung im Insolvenzverfahren	408
9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung	409
I. Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO ..	409
1. Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren	409
a) Der persönliche Anwendungsbereich der §§ 94 ff. InsO	409
b) Die Prüfungsreihenfolge zur Aufrechnung	410
2. Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB	411
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Aufrechnung	411
b) Die Besonderheiten in der Insolvenz der Personengesellschaft ..	411
3. Die Wirkungen wirksam erklärter Aufrechnung	413
II. Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO	413
1. Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen	413
2. Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 S. 3 InsO	414
3. Die Aufrechnung bei unterschiedlichen Währungseinheiten	415

III. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO	415
1. Die Fälle unzulässiger Aufrechnung	416
a) Die Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen Masseansprüche ..	416
b) Die künstlich hergestellte Aufrechnungslage	416
aa) Das Verbot des Forderungshandels zu Lasten der Insolvenzmasse	416
bb) Der Rückerwerb abgetretener Forderungen	417
c) Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage	418
aa) Der anfechtbare Forderungserwerb kraft Verfügungsgeschäft	418
bb) Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage kraft Rechtsgeschäft	420
d) Die Unzulässigkeit der Aufrechnung des Neugläubigers	421
e) Die Zulässigkeit der Aufrechnung im internationalen Zahlungsraum	421
IV. Die Anfechtbarkeit einer Aufrechnung vor Insolvenzeröffnung	424
V. Die Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Forderungen	424
1. Die Aufrechnung von Steuerforderungen	424
2. Die Verrechnung von Sozialleistungsansprüchen	425
10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse	427
I. Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz	427
1. Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen	427
2. Die typischen Interessenlagen der Vertragsparteien	428
a) Die Abwicklung nicht erfüllter gegenseitiger Verträge	428
b) Die Erfüllung vormerkungsgesicherter Ansprüche	429
c) Die Besonderheiten beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt	429
d) Die Abwicklung von Dauerschuldverhältnissen	429
II. Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103 ff. InsO	430
1. Der Begriff des gegenseitigen Vertrages	430
a) Der gegenseitige Vertrag im Sinne des § 320 BGB	430
b) Die Erfassung gesetzlicher Schuldverhältnisse mit Gegenseitigkeitscharakter	432
c) Die Unanwendbarkeit der §§ 103 ff. InsO	433
aa) Die Zugehörigkeit des Leistungsgegenstandes zur Insolvenzmasse	433
bb) Der Gesellschaftsvertrag	433
cc) Die banktypischen Vertragsverhältnisse	434
dd) Die einseitig oder unvollkommen zweiseitig verpflichtenden Verträge	434
2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung	434
a) Der Begriff der vollständigen Leistungserfüllung	434
aa) Die Erfüllung von Haupt- und Nebenleistungspflichten ..	436
bb) Die nicht vollständige Leistungserfüllung bei mangelhafter Leistung	438
b) Der Vertrag ist von einer Seite vollständig erfüllt	439
aa) Die vollständige Leistung durch den Schuldner	439
bb) Die vollständige Leistung durch den Vertragspartner	439
c) Der Vertrag ist von keiner Seite vollständig erfüllt	440
3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungsansprüche	440
a) Die Entwicklung einer Dogmatik zu § 103 InsO	440
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	443
aa) Die so genannte „Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 106, 236 ..	443
bb) Die Differenzierung bei teilbarer Leistungserfüllung nach BGHZ 129, 336	444

cc) Die „modifizierte Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 150, 353	445
c) Die Wirkung der Insolvenzeröffnung gegenüber den Ansprüchen des Vertragspartners	446
4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter	447
a) Die deklaratorische Wahl der Nichterfüllung	447
aa) Die Aufforderung des Vertragspartners nach § 103 Abs. 2 S. 2 InsO	448
bb) Der Schadensersatzanspruch nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO ..	449
b) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung	450
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner	450
bb) Die teilweise Leistung durch den Schuldner	451
5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO	452
a) Die konstitutive Wahl der Erfüllung	452
b) Die Wirkungen der Erfüllungswahl	453
aa) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Vertragspartners als Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 InsO	453
bb) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Insolvenzverwalters	453
c) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung	454
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner	454
bb) Die Besonderheiten bei mangelhafter Leistung des Vertragspartners	454
cc) Die teilweise Leistung durch den Schuldner	455
dd) Die Vertragserfüllung bei beiderseits teilweiser Leistung ..	455
6. Die Abwicklung besonderer Vertragsverhältnisse	460
a) Die Abwicklung von Warentermin- und Finanztermingeschäften nach § 104 InsO	460
b) Die Abwicklung von Wiederkehrschuldverhältnissen und insbesondere von Energielieferungsverträgen	460
III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO	461
1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB	461
a) Das Sicherungsbedürfnis des künftigen Rechtsinhabers	461
b) Der vormerkbare Anspruch nach § 883 Abs. 1 BGB	462
c) Die Eintragung der Vormerkung nach § 885 BGB	463
2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung	463
a) Die Voraussetzungen des § 106 InsO	463
aa) Die Wirksamkeit der Vormerkungsbestellung	463
bb) Die mögliche Anfechtbarkeit der Vormerkung	465
cc) Kein Erfordernis eines gegenseitigen Vertrages	465
b) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Anspruchserfüllung und zur Vertragserfüllung	466
3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag	467
a) Der Bauträgervertrag als besonderer Vertrag	467
b) Die Vertragserfüllung nach § 106 Abs. 1 S. 2 InsO	468
c) Die Ansprüche des Vertragspartners	468
IV. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt	469
1. Die dogmatische Einordnung des Eigentumsvorbehalts in § 103 InsO	469
a) Die Wesensmerkmale des Eigentumsvorbehalts	469
b) Der Eigentumsvorbehalt als nicht erfüllter Vertrag	470
2. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Käufers	470
a) Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 Abs. 1 und § 107 Abs. 2 InsO	470

b) Der Schadensersatzanspruch des Verkäufers nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO	471
c) Das Recht des Verkäufers auf Aussonderung der Ware nach § 47 InsO	471
3. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Verkäufers nach § 107 Abs. 1 InsO	471
4. Die Sonderformen des Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz	472
a) Die praktische Bedeutung von Erweiterungen des Eigentumsvorbehalts	472
b) Der erweiterte Eigentumsvorbehalt	473
c) Der weitergeleitete Eigentumsvorbehalt mit Abtretung des Anwartschaftsrechts	474
d) Der nachgeschaltete Eigentumsvorbehalt	474
e) Der Eigentumsvorbehalt mit Verarbeitungsklausel	475
f) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	475
g) Die Verbindung verschiedener Eigentumsvorbehaltsformen	476
V. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108 ff. InsO	477
1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen	477
a) Die von § 108 InsO erfassten Rechtsverhältnisse	477
b) Das Fortbestehen nach § 108 InsO	478
c) Die Regelungssystematik der §§ 109 ff. InsO	478
aa) Die Unterscheidung nach Insolvenz des Mieters oder des Vermieters	478
bb) Die Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Gebrauchsüberlassung	479
cc) Die Regelungssystematik im Überblick	479
2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO	479
a) Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter	479
aa) Das Rücktrittsrecht des Insolvenzverwalters oder des Vermieters	479
bb) Der Schadensersatzanspruch des Vermieters nach § 109 Abs. 2 S. 2 InsO	480
cc) Das taktische Verhalten des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 2 S. 3 InsO	481
dd) Die Vollziehung des Miet- oder Pachtverhältnisses	481
b) Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter	481
aa) Das besondere Kündigungsrecht des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 1 InsO	481
bb) Die Ansprüche des Vermieters nach Kündigung durch den Insolvenzverwalter	482
cc) Die Kündigung durch den Vermieter	483
c) Die besondere Erklärung des Insolvenzverwalters bei Wohnraummiete	484
aa) Die Problemstellung für den Insolvenzverwalter und den Schuldner	484
bb) Die Erklärung nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO	484
d) Die Ansprüche des Vermieters bei Vertragserfüllung	485
3. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters	486
a) Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter	486
b) Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter	486
aa) Die Fortdauer des Vertragsverhältnisses ohne Sonderkündigungsrecht	486
bb) Die Vorausverfügungen über die Miete nach § 110 Abs. 1 InsO	487

cc) Die Aufrechnungsbefugnis des Mieters nach § 110 Abs. 3 InsO	487
dd) Die Rechte des Mieters nach Beendigung des Mietverhältnisses	488
c) Das Sonderkündigungsrecht des Erwerbers bei Veräußerung nach § 111 InsO	489
4. Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren	492
a) Die Nichterfüllung des Leasingvertrages nach § 103 InsO	492
b) Das Fortbestehen des refinanzierten Leasingkaufs nach § 108 Abs. 1 S. 2 InsO	492
VI. Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse im Insolvenzverfahren	493
1. Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren	493
2. Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick	493
3. Der Bestand des Arbeitsverhältnisses vor Insolvenzeröffnung	494
a) Die systematische Einordnung von Lohn- und Gehaltsforderungen	494
b) Der Anspruchsübergang bei Leistung von Insolvenzgeld	495
4. Die Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen nach § 113 S. 1 InsO	497
a) Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	497
aa) Das Kündigungsrecht beider Teile	497
bb) Die Kündigungsfrist des § 113 S. 2 InsO	497
cc) Die Lohn- und Gehaltsforderungen als Masseverbindlichkeiten	498
dd) Der Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers	500
b) Die sachlichen Voraussetzungen wirksamer Kündigung durch den Insolvenzverwalter	500
aa) Das Vorliegen der individual-arbeitsrechtlichen Voraussetzungen	500
bb) Der Kündigungsschutz bei Massenentlassungen	500
cc) Das Beschlussverfahren zu Betriebsänderungen	501
c) Die Vornahme von Entlassungen bei Betriebsübergang und § 613a BGB	501
5. Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen und Vornahme von Betriebsänderungen nach §§ 120 ff. InsO	502
a) Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen durch den Insolvenzverwalter	502
b) Der Anspruch auf Zustimmung zu Betriebsänderungen	502
6. Der Sozialplan im Insolvenzverfahren nach § 123 InsO	502
a) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Erstellung eines Sozialplans	502
b) Der Sozialplan vor Insolvenzeröffnung	503
c) Die Erstellung eines Sozialplans nach Insolvenzeröffnung	503
7. Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO	504
a) Die Regelungssystematik der §§ 115 bis 117 InsO	504
b) Die von § 115 InsO erfassten Rechtsverhältnisse	504
aa) Der Auftrag nach §§ 662 ff. BGB	504
bb) Die Geschäftsbesorgung nach § 675 BGB	505
cc) Der Kontoertrag als Sonderfall des § 116 S. 3 InsO	505
dd) Die Vollmachtserteilung nach §§ 164 ff. BGB	506
ee) Die Prokura nach §§ 48 ff. HGB	506
c) Die Folgen der Insolvenzeröffnung	506

aa) Das Erlöschen der Rechtsverhältnisse mit Insolvenzeröffnung	506
bb) Das Schicksal von Aufwendungsersatz- und Vergütungsansprüchen	507
d) Das Fortbestehen bei Notgeschäftsführung	507
e) Der Schutz des gutgläubigen Auftragnehmers oder Bevollmächtigten	507
11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung	509
I. Der Zweck der Insolvenzanfechtung	509
1. Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz	509
a) Die Rückgängigmachung eines sachlich nicht gerechtfertigten Vermögenserwerbs	509
b) Die <i>actio Pauliana</i> des römischen Rechts als Urbild der Insolvenzanfechtung	510
c) Die Anfechtung in Konkurs und Gesamtvollstreckung	510
d) Die Neuregelung des Anfechtungsrechts durch die Insolvenzordnung	511
2. Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung	512
3. Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes	512
II. Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung durch den Insolvenzverwalter	514
1. Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO	514
a) Der Anspruch auf Rückgewähr als schuldrechtlicher Verschaffungsanspruch	514
aa) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verfügungsgeschäfts	514
bb) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verpflichtungsgeschäfts	515
b) Die ergänzende Anwendung bereicherungsrechtlicher Regelungen	515
2. Der Streit um die Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs	516
a) Die Theorien zum Anfechtungsanspruch	516
b) Der Zeitpunkt des Entstehens des Anfechtungsanspruchs und sein Erlöschen	518
3. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs	520
a) Die Leistungsaufforderung des Insolvenzverwalters	520
b) Die Erhebung der Anfechtungsklage	520
c) Die Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger des Anfechtungsgegners nach § 145 InsO	521
d) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs nach § 146 InsO	522
4. Die Folgen der Anfechtung für den Anfechtungsgegner	523
a) Das Wiederaufleben seines Anspruchs als Insolvenzforderung nach § 144 Abs. 1 InsO	523
b) Die Rückerstattung der Gegenleistung nach § 144 Abs. 2 InsO bei Anfechtung von Verpflichtungsgeschäften des Schuldners	524
III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen	525
1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO	525
a) Der Begriff der Rechtshandlung	525
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners	525
bb) Die Rechtshandlung eines Gläubigers gegen den Schuldner	529
cc) Die Zwangsvollstreckungsmaßnahme als anfechtbare Rechtshandlung nach § 141 InsO	529
dd) Das Unterlassen als Rechtshandlung nach § 129 Abs. 2 InsO	530

b) Der für die Beendigung der Rechtshandlung maßgebliche Zeitpunkt	530
aa) Die Grundnorm des § 140 Abs. 1 InsO	531
bb) Der maßgebliche Zeitpunkt bei Grundstücksgeschäften nach § 140 Abs. 2 InsO	532
cc) Der maßgebliche Zeitpunkt bei bedingten Rechtshandlungen nach § 140 Abs. 3 InsO	536
dd) Die Beendigung einer Rechtshandlung nach Insolvenzeröffnung nach § 147 InsO	537
2. Die Gläubigerbenachteiligung	538
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Gläubigerbenachteiligung	538
aa) Die Gläubigerbenachteiligung als kausale Folge der Rechtshandlung	538
bb) Die Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Gläubigerbenachteiligung	540
b) Das Bargeschäft nach § 142 InsO	541
aa) Die Voraussetzungen des anfechtungsfesten Bargeschäfts ..	541
bb) Die Anfechtbarkeit wegen Benachteiligungsvorsatz und unlauterem Handeln	543
c) Leistungen im Drei-Personen-Verhältnis	543
IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	545
1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO	545
a) Die allgemeine Unterscheidung zwischen kongruenter und inkongruenter Deckung	545
aa) Die den Deckungsgeschäften gemeinsamen Tatbestandsmerkmale	546
bb) Die Abgrenzung kongruenter von inkongruenter Deckung	546
b) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1 InsO	550
aa) Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners und die Kenntnis des Gläubigers	550
bb) Die Kenntnis des Gläubigers vom Insolvenzantrag	551
c) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 131 Abs. 1 InsO	551
d) Die konkrete Berechnung des für die Rechtshandlung maßgeblichen Zeitraums nach § 139 InsO	552
e) Die Beweislastregeln und die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen	554
aa) Die Beweiserleichterung bei Kenntnis von Umständen der Zahlungsunfähigkeit	554
bb) Die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen nach § 138 InsO	555
2. Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO	556
3. Die Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO	557
a) Rechtsentwicklung und Fallgruppen der Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO	557
b) Die Tatbestandsvoraussetzungen der Vorsatzanfechtung	559
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners	559
bb) Der Benachteiligungsvorsatz des Schuldners	560
cc) Die Kenntnis vom Benachteiligungsvorsatz	562
dd) Die Besonderheiten der Vorsatzanfechtung gegenüber nahestehenden Personen	564
4. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO	565

5. Die Anfechtung von Gesellschafterleistungen nach § 135 InsO	568
a) Das Gesellschafterdarlehen im Insolvenzverfahren	568
b) Die Anfechtung der Besicherung nach § 135 Nr. 1 InsO	570
c) Die Anfechtung der Rückzahlung nach § 135 Nr. 2 InsO	570
V. Typische Fallgruppen einer Insolvenzanfechtung	575
1. Der Abschluss von Zahlungsvereinbarungen mit dem Schuldner ..	575
2. Die Zahlung des Schuldners zur Abwendung der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzantrags	577
a) Die Zahlung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung nach BGHZ 155, 75	577
b) Die Zahlung zur Abwendung eines Insolvenzantrags nach BGHZ 157, 242	579
3. Die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner	580
a) Die Zwangsvollstreckung als inkongruente Deckung	580
b) Die Anfechtung der Pfändung auch nach bereits erfolgter Verwertung	582
4. Leistungen auf Grund eines angenommenen Sanierungskonzeptes	583
5. Die Insolvenzanfechtung im Grundstücksverkehr	584
a) Die Anfechtung bei Grundstücksveräußerung	584
aa) Der Aufbau einer anfechtungsrechtlichen Prüfung	584
bb) Die Anfechtung des Eigentumserwerbs unter Berücksichtigung des § 140 Abs. 2 InsO	584
cc) Die Anfechtbarkeit der Vormerkungsbestellung	585
dd) Die Anfechtbarkeit des schuldrechtlichen Grundgeschäfts und § 144 Abs. 2 InsO	585
b) Die Anfechtung der Bestellung von Grundpfandrechten	587
aa) Die Anfechtung rechtsgeschäftlich bestellter Grundpfandrechte	587
bb) Die Anfechtung von Vormerkung und Sicherungshypothek im Wege der Zwangsvollstreckung	588
c) Die Anfechtung der Einbeziehung ungesicherter Forderungen in eine offene Sicherheit	589
4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten	591
12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren	591
I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens	591
1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren	591
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan	593
a) Die Liquidation des schuldnerischen Unternehmens	593
b) Die Sanierung des Unternehmens	594
aa) Die übertragende Sanierung des Unternehmens	595
bb) Die Sanierung des Unternehmens und des Unternebensträgers	596
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens	600
II. Der Aufbau eines Insolvenzplans	601
1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219 ff. InsO	601
2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO	602
a) Der Bericht zu den Ursachen der Insolvenz und den weiteren Maßnahmen	602
b) Die Darstellung des Ziels des Insolvenzplans	602
c) Die Vergleichsrechnung	603
d) Der beispielhafte Aufbau des darstellenden Teils	604
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans	606

a) Die obligatorische Gruppenbildung nach § 222 Abs. 1 InsO	606
b) Die fakultative Gruppenbildung nach § 222 Abs. 2 InsO	607
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221 ff. InsO	610
a) Die Änderung der Rechtsstellung der Beteiligten	610
b) Die Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse nach § 228 InsO	612
aa) Die Bestellung und Freigabe von Mobiliarsicherheiten	612
bb) Die Abgabe grundstücks- und grundbuchrechtlicher Erklärungen	613
cc) Die Abgabe gesellschaftsvertraglicher Erklärungen	614
5. Weitere Festlegungen des Insolvenzplans	615
a) Die Überwachung der Planerfüllung durch den Insolvenzverwalter	615
b) Die Festlegung eines Kreditrahmens nach § 264 InsO	615
6. Die notwendigen Anlagen zum Insolvenzplan	617
a) Die Vermögensübersicht nach § 229 InsO	617
b) Die Erklärungen bei Unternehmensfortführung nach § 230 InsO	617
III. Das Insolvenzplanverfahren	618
1. Die Einbringung des Insolvenzplans	618
a) Das Recht zur Planinitiative nach § 218 InsO	618
aa) Das Planinitiativrecht des Schuldners	618
bb) Das originäre Planinitiativrecht des Insolvenzverwalters . .	619
b) Der Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit	620
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin	620
a) Die Vorprüfung durch das Insolvenzgericht nach § 231 InsO . .	620
b) Die Einbeziehung der Beteiligten nach §§ 232 ff. InsO	622
c) Die Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins nach § 235 InsO	622
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan	623
a) Der Erörterungs- und Abstimmungstermin nach § 235 InsO . .	623
b) Die Abstimmung über den Insolvenzplan	624
c) Die zur Planannahme erforderlichen Mehrheiten nach § 244 InsO	626
4. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO	628
a) Der Zweck des Obstruktionsverbots	628
b) Die Voraussetzungen der Zustimmungsfiktion nach § 245 Abs. 1 InsO	628
aa) Das Verbot der Schlechterstellung nach § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO	629
bb) Die angemessene Beteiligung nach § 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO . .	630
cc) Das Mehrheitserfordernis des § 245 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . .	632
5. Die Zustimmung nachrangiger Gläubiger nach § 246 InsO	634
6. Die Zustimmung des Schuldners nach § 247 InsO	634
7. Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach §§ 248 ff. InsO	635
a) Der Prüfungsumfang des Insolvenzgerichts	635
b) Die Prüfung von Verfahrensverstößen nach § 250 InsO	636
c) Der Minderheitenschutz nach § 251 InsO	636
d) Die Bekanntgabe der Entscheidung nach § 252 InsO	637
8. Die Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans nach §§ 254 ff. InsO	638
a) Die allgemeinen Wirkungen nach § 254 InsO	638
b) Das Wiederaufleben von Forderungen nach § 255 InsO	638
c) Die Berücksichtigung bestrittener Forderungen nach § 256 InsO .	639
d) Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan nach § 257 InsO . . .	639
9. Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 258 InsO	640

13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung	643
I. Die Rechtsentwicklung zur Eigenverwaltung	643
1. Die Eigenverwaltung als Instrument der Sanierung und Restrukturierung	643
2. Reformen durch das Gesetz zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen	644
3. Korrekturen durch das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts	646
II. Das vorläufige Eigenverwaltungsverfahren	647
1. Der Antrag des Schuldners	647
a) Allgemeine Voraussetzungen	647
aa) Der Antrag auf Zulassung zur Eigenverwaltung	647
bb) Besondere Nachweise nach § 270a InsO	648
cc) Die Prüfung der Anordnungsvoraussetzungen	649
b) Die vorläufige Eigenverwaltung nach § 270b InsO	650
c) Das so genannte Schutzschildverfahren nach § 270d InsO	650
2. Die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	651
3. Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten	652
a) Die Rechte und Pflichten des Schuldners im Eröffnungsverfahren	652
b) Die Rechtsstellung des vorläufigen Sachwalters	653
c) Die Begründung von Masseverbindlichkeiten	654
4. Die vorzeitige Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung	655
III. Das eröffnete Eigenverwaltungsverfahren	655
1. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung	655
a) Die Anordnung durch das Insolvenzgericht	655
b) Die Anordnung der Eigenverwaltung auf Beschluss der Gläubigerversammlung	656
2. Die Aufhebung der Eigenverwaltung	657
IV. Die Rechtsstellung der Verfahrensbeteiligten in der Eigenverwaltung	658
1. Die Befugnisse und die Pflichten des Schuldners	658
a) Die vermögensrechtlichen Befugnisse des Schuldners	658
aa) Die Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts	659
bb) Die Zustimmungsbedürftigkeit nach § 276 InsO	659
b) Die insolvenzspezifischen Aufgaben und Befugnisse des Schuldners	660
2. Die Rechtsstellung des Sachwalters	661
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren	663
I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung	663
1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation	663
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht	664
a) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts	664
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung	664
c) Die Redlichkeit des Schuldners als sachliche Voraussetzung einer Restschuldbefreiung	665
d) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich	666
3. Die Reformen des Restschuldbefreiungsverfahrens	667
4. Die Statistik zur Restschuldbefreiung	667
II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens	668
1. Der Verfahrensablauf im Überblick	668
2. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Personenkreis	669
3. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens	670
4. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung	671
a) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen	671

aa) Die Form der Antragstellung	671
bb) Der Zeitpunkt der Antragstellung	671
b) Die Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens ..	672
c) Die Dauer der Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	673
d) Vorschlag eines geeigneten Treuhänders	675
5. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung nach § 287a InsO	675
a) Der Zweck der Entscheidung	675
b) Zulässigkeit und Begründetheit des Restschuldbefreiungsantrags	676
c) Die Sperrfristen nach § 287a Abs. 2 InsO	676
d) Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	678
e) Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung	678
6. Der Ablauf des Restschuldbefreiungsverfahrens	678
a) Die Entscheidung des Gerichts nach dem Schlusstermin	678
b) Die Einziehung und Verteilung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	679
c) Die rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger	681
d) Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO	682
aa) Verpflichtung zu angemessener Erwerbstätigkeit	682
bb) Verpflichtung zur Abgabe von Vermögenserwerb	683
cc) Meldepflichten gegenüber dem Treuhänder	684
dd) Verbot von Sonderzahlungen an die Gläubiger	684
ee) Verbot der Begründung unangemessener Verbindlichkeiten	685
ff) Überwachung des Schuldners nach § 292 Abs. 2 InsO	685
7. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	686
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der regelmäßigen Abtretungsfrist	686
b) Die Erteilung der Restschuldbefreiung bei Fehlen von Insolvenzgläubigern oder vollständiger Befriedigung	686
c) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach fünf Jahren und Deckung der Kosten	687
d) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren und 35 Prozent Gläubigerbefriedigung	687
8. Die Wirkungen der Restschuldbefreiung	690
a) Die Umwandlung der Insolvenzforderungen in Naturalobligationen	690
b) Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen ..	690
III. Die Versagung der Restschuldbefreiung	694
1. Überblick	694
2. Die Versagung der Restschuldbefreiung im Insolvenzverfahren ..	694
a) Antragsrecht eines Insolvenzgläubigers	694
b) Zeitpunkt der Antragstellung	695
c) Die Gründe einer Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 Abs. 1 InsO	696
aa) Allgemeine Grundsätze zu den Versagungstatbeständen ..	696
bb) Die Versagungstatbestände im Einzelnen	696
d) Glaubhaftmachung des Versagungsgrundes	699
e) Entscheidung des Gerichts	700
3. Die Versagung der Restschuldbefreiung während des Abtretungszeitraums	701
a) Die Obliegenheitsverletzung des Schuldners nach § 296 InsO ..	701
b) Die Verurteilung wegen einer Insolvenzstrafat nach § 297 InsO	703
c) Die fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 298 InsO	703

d) Die Folgen der Versagung der Restschuldbefreiung	704
4. Der Widerruf der Restschuldbefreiung nach § 303 InsO	704
15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren	707
I. Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz	707
1. Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenzverfahren	707
2. Der Verfahrensablauf im Überblick	708
II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	709
1. Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung	709
a) Der wesentliche Inhalt des Antrags	710
aa) Die Bestimmung der Verfahrensart	710
bb) Der Antrag auf Gewährung von Kostenstundung	710
b) Die Form des Insolvenzantrags	710
c) Die inhaltlichen Erfordernisse des § 305 Abs. 1 InsO	711
aa) Der Nachweis über das Scheitern außergerichtlicher Schuldenbereinigung	711
bb) Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	715
cc) Das Vermögensverzeichnis und das Gläubigerverzeichnis	715
dd) Der Schuldenbereinigungsplan	716
d) Mängel des Antrags und Mängelbeseitigung nach § 305 Abs. 3 InsO	718
2. Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung	719
a) Das Antragsrecht des Gläubigers nach § 13 InsO	719
b) Die Aufforderung des Schuldners zur eigenen Antragstellung ..	719
3. Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren	719
a) Die Entscheidung des Gerichts über Durchführung des Verfahrens	719
b) Das Ruhen des Eröffnungsverfahrens nach § 306 Abs. 1 InsO ..	720
c) Die Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen	720
d) Die Zustellung des Schuldenbereinigungsplans an die Gläubiger	721
aa) Die zuzustellenden Schriftstücke	721
bb) Die Notfrist für die Gläubiger nach § 307 Abs. 1 InsO ..	722
e) Die Änderung des Plans durch den Schuldner nach § 307 Abs. 3 InsO	722
f) Die Annahme des Schuldenbereinigungsplans	723
g) Die Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplans	723
aa) Die Wirkung eines Prozessvergleichs nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	723
bb) Das Erlöschen von Forderungen der Gläubiger nach § 308 Abs. 3 InsO	724
4. Die Zustimmungersetzung nach § 309 InsO	725
a) Die Bedeutung und der Zweck der Vorschrift	725
b) Der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung widersprechender Gläubiger	726
c) Die sachlichen Voraussetzungen der Zustimmungersetzung ..	726
aa) Die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 1 InsO	726
bb) Die angemessene Beteiligung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 InsO	727
cc) Die wirtschaftliche Stellung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 InsO	729
dd) Der Ausschluss der Zustimmungersetzung nach § 309 Abs. 3 InsO	731
d) Das Verfahren der Zustimmungersetzung	731
aa) Die Anhörung der Beteiligten	731

Inhaltsverzeichnis

bb) Die Entscheidung des Gerichts	732
cc) Die Anfechtung der Entscheidung	732
e) Die Wirkungen der Zustimmungsersetzung	732
5. Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens ...	735
Stichwortverzeichnis	737